Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Bestellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13555, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Tarifteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Freitag den 26. Februar 1926 — Nummer 48

Mietwucher – Wohnungsnot

An alle Wohnungslosen, Wohn- und Gewerberaummieter Deutschlands!

Deutschland durchlebt zurzeit eine Wirtschaftskrise, wie sie katastrophaler und verheerender nicht gedacht werden kann. Millionen von Arbeitslosen, Millionen von Kurzarbeitern, Hunderttausende von Konkursen und Geschäftsaufsichten — und noch immer ist ein Ende des wirtschaftlichen Niederganges nicht abzusehen.

Angeblich zur Wiederaufrichtung der Wirtschaft will die neue Regierung dem Großkapital 700 Millionen Steuern erlassen. Diese 700 Millionen Mark aber will dieselbe Regierung durch **Erhöhung der Mieten und Mietzinssteuern** von den Wohnungs- und Gewerberaummietern wieder hereinholen.

Die Mieten sollen laut Finanzausgleichsgesetz ab 1. April 1926, spätestens jedoch ab 1. Juli 1926 mindestens **100 vom Hundert** der Friedensmiete betragen. Sie sollen weiter so rasch als möglich sowohl der gesunkenen Kaufkraft des Geldes, wie den Zinsen für unter Inanspruchnahme von öffentlichen Mitteln erstellte Neubauten angepaßt, d. h. auf **mindestens 160—180** Prozent der Friedensmiete gesteigert werden.

Das Ziel des Hausbesitzes und des Großkapitals ist jedoch enthüllt die

freie Wohnungswirtschaft mit der Rentabilitätsmiete.

Infolge Zinsen- und Baukostenüberteuerung heute mindestens dreifache Friedensmiete betragen und den nominellen Hausbesitz auf Kosten der enteigneten Sparer und Hypothekengläubiger Inflationsgewinne **von mindestens 80 bis 120 Milliarden** Goldmark in den Schoß werfen würde.

Mit der Bahn freizumachen für diesen unerhörten Raubzug auf die Taschen der Mieter, erfolgt zurzeit ohne stichhaltigen Grund ein konzentrisches **Attentat auf den bisherigen Mieterschutz.** Trotz steigenden Wohnungsmangels sollen den Hausbesitzern die Räumungsklagen gegen die Mieter weiter erleichtert, den Mietern der **Anspruch auf einen angemessenen Ersatzraum** allgemein genommen und ein **ausreichender Ersatzraum** nur noch in beschränktem Maße gewährt werden. Den Gewerberaummietern soll überhaupt jedes Anrecht auf Ersatzraum genommen werden, um sie dadurch schutz- und rechtlos den Erpressungen des Hausbesitzes zu überantworten.

Zu alledem gesellt sich eine **Wohnungsnot**, die mit jedem Tage grauenhafter und verheerender wird. Rund eine Million Familien haben heute keine eigene Wohnung. Alljährlich steigt die Wohnungsfehlbetrag **um nahezu 50 000**, selbst wenn das bisherige Wohnungsneubautempo eingehalten wird, wofür aber keine Gewähr besteht. Im allergünstigsten Falle werden in 10 Jahren mithin mindestens 1½ Millionen fehlen.

Wohnungsnot aber bedeutet Wohnungselend! Wohnungselend ist **untrennbar mit körperlicher, geistiger und sittlicher Entartung der Volksmassen, insbesondere der** Jugend, verbunden, **Massenkrankheiten**, Massenlaster und Massensterben sind **seine unausbleiblichen Folgen.**

Gegen Mietwucher und **Wohnungsnot** wissen Regierungen, Parlamente, Hausbesitz und Großkapital kein anderes Hilfsmittel, als die bereits **erwähnte Rentabilitätsmiete.**

Rentabilitätsmiete aber bedeutet für die erdrückende Mehrheit der **Mieter vermehrten Hunger, vermehrte** Krankheiten, **weiteres Sinken der Kaufkraft**, Konkurrenzunfähigkeit **der deutschen Ware auf dem Weltmarkte** und als Folge **hiervon noch größere Arbeitslosigkeit**, noch mehr Elend, noch **zahlreichere Zusammenbrüche** in Handel und Gewerbe.

Wollen die deutschen Wohn- und Gewerberaummieter sehenden Auges in diesen Abgrund von Massenelend hineintaumeln? Wollen sie tatenlos zusehen, wie auf Kosten ihres Untergangs eine kleine Schicht von Hausbesitzern und Großkapitalisten sich schamlos bereichert? Wollen sie ihren Kindern und Kindeskindern ein Erbe hinterlassen, das ihr arbeitsreiches Dasein noch kläglicher und menschenunwürdiger gestalten muß? Das kann und darf **nicht sein!**

Alle Wohn- und Gewerberaummieter haben die strenge sittliche Pflicht, **das sonst unaufhaltsam heranrollende Unheil** mit allen Mitteln **abzuwenden** und den Kampf gegen Mietwucher und Wohnungsnot **einmütig** und geschlossen aufzunehmen. In der Erkenntnis der furchtbaren Gefahren, die dem deutschen Volke drohen, wenn es sich nicht energisch gegen gegen die Pläne des Hausbesitzes und Großkapitals zur Wehr setzt, haben sich bereits eine größere Anzahl **von Spitzenorganisationen** zu einem **Reichsausschuß zusammengeschlossen**, der sich die Aufgabe stellt, wenn notwendig **auf dem Wege des Volksentscheids** folgende lebenswichtigen Forderungen der Mieterschaft gesetzlich zu verankern:

1. **Begrenzung der gesetzlichen Miete auf 85 Prozent der Friedensmiete für die Dauer von 15 Jahren;**
2. **Wiederinstandsetzung und Instandhaltung des Altwohnraumes unter Mitwirkung und Kontrolle der Mieter;**
3. **Durchführung eines Wohnungsneubauprogrammes, durch das ohne jede neue Belastung der Mieter lediglich durch Verhinderung und Mobilisierung der dem Hausbesitz sonst** [illegible] **Jahr** [illegible] **Wohnungen durch Reich, Länder und Gemeinden erstellt werden sollen;**
4. **Ausbau des Mieterschutzes und Schaffung eines sozialen Wohn- und Bodenrechtes;**
5. **Sicherstellung von Leibrenten für Inflationsopfer und von Mietbeihilfen für wirtschaftlich schwache Mieter;**
6. **Beteiligung der Hypothekengläubiger am Zukunftswert der Grundstücke, sofortige höhere Verzinsung der aufgewerteten Hypotheken, Schutz der Rechte der durch Inflationsverluste geschädigten Grundstücksbesitzer.**

Der Reichsausschuß gegen Mietwucher und Wohnungsnot ist sich sowohl der Größe der Schwierigkeiten seiner Aufgabe voll bewußt.

Die Befreiung der Mieter von **Mietwucher und Wohnungsnot** kann nur das Werk der Mieter **selbst** sein.

Nicht weniger als 85 **Prozent der deutschen Bevölkerung** sind Mieter. Wenn sie ihren Willen zu einem **eisernen Gesamtwillen** vereinen, wenn sie unter Hintenanstellung aller parteipolitischen und religiösen Gegensätze eine einzige große Mieterfront bilden, wenn sie den Kampf gegen Hausbesitz und Großkapital in dieser Frage einmütig und geschlossen vortragen, dann haben sie auf Grund der Verfassung die Möglichkeit, **ihrem Willen zum Gesetz zu erheben**, die obigen Forderungen der Verwirklichung näherzubringen und zugleich durch den organisierten Wohnungsneubau der herrschenden Arbeitslosigkeit zu steuern.

Der Reichsausschuß gegen Mietwucher und Wohnungsnot stellt sich die Aufgabe, diese **einzige Kampffront aller Wohnungslosen, Wohn- und Gewerberaummieter zustande zu bringen.**

Er richtet zu diesem Zwecke **an alle Mieter ohne Unterschied der Partei** die dringende Aufforderung, ihn bei seiner schweren Arbeit, die er in ihrem Interesse gern und freudig auf sich nimmt, tatkräftig zu unterstützen. Jeder gute Wille, jede praktische Hilfe ist ihm willkommen.

An die Mitglieder und Leitungen aller Organisationen, Verbände und Vereine, die gewillt sind, mit dem Reichsausschuß gemeinsam den Volksentscheid gegen Mietwucher und Wohnungsnot vorzubereiten und durchzuführen, richtet der Reichsausschuß die dringende Mahnung zur tatkräftigen Mitarbeit.

Jeder Mieter ist verpflichtet, alle Gelegenheiten wahrzunehmen, um die Organisationen, Vereine, Verbände, denen er angehört, zum Anschluß an den Reichsausschuß und zu tätiger Mitarbeit zu veranlassen.

Wohnungslose, Wohn- und Gewerberaummieter!
Großes steht auf dem Spiel! Die Entscheidung liegt bei euch selbst!

Darum:

Auf zum Kampf gegen Mietwucher und Wohnungsnot!

Berlin NW. 7, Reichstag, Saal 15, Obergeschoß.

Reichsausschuß zur Vorbereitung des Volksentscheids gegen Mietwucher und Wohnungsnot
J. A.: Höllein, M. d. R.

Oh Gott ich fürchte, das wird kein Hohenzollernwetter!

Betriebsrätewahlen im Zeichen der Wirtschaftskrise

Vom Pol-Bureau des ZK.

Die Betriebsrätewahl 1926 geht **unter ganz** besonders schwierigen Umständen vor sich. Tausende Betriebe sind stillgelegt, Tausende arbeiten nur noch eingeschränkt mit Kurzarbeit. Mehrere Millionen Arbeiter und Angestellte können an den Wahlen nicht teilnehmen, da sie infolge der Bankrottpolitik der Dawes-Gläubiger und des Bürgerblocks auf die Straße gesetzt worden sind.

Aber gerade wegen dieser Wirtschaftskrise gewinnt die Frage der Betriebsräte und ihrer Rechte außerordentlich an Bedeutung. Die Millionen der Arbeitslosen, der Kurzarbeiter, und die Millionen derjenigen, die bisher unter der ständigen Drohung der Betriebseinschränkung standen, haben deutlicher als je empfunden, was ihnen ein Betriebsrat nützen könnte, wenn er ausschlaggebendes Mitbestimmungsrecht und ein wirkliches Kontrollrecht hätte. Die Betriebseinschränkungen waren jetzt nur Willkürmaßnahmen der Unternehmer und der von ihr abhängigen Staatsbureaukratie. Weder die Betriebsräte noch die Gewerkschaften haben auf die Betriebseinschränkungen den geringsten Einfluß ausüben können. Immer mehr häuften sich deshalb die Fälle, daß die Unternehmer die Androhung einer Betriebseinschränkung dazu ausnutzen, Kredite aus öffentlichen Mitteln billig zu bekommen oder aber einen brutalen Lohnabzug vorzunehmen. Weder die Berechtigung der Kreditforderung, noch die Frage, ob überhaupt eine Betriebseinschränkung notwendig ist, konnte von Arbeiterorganen nachgeprüft werden. Die Berechnungen, mit denen die Unternehmer ihre Lohnabbaupläne zu begründen versuchten, durfte nie ein Betriebsrat oder Gewerkschaftsvertreter nachprüfen.

Millionen begriffen deshalb heute besser denn je, daß die Stärkung des Ansehens der Betriebsräte, die Stärkung ihres Einflusses und ihrer Kampfkraft, die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, ihr Ausbau zu wirklichen proletarischen Kontrollorganen die aktuelle Forderung ist, die sich ernent aus der jetzigen furchtbaren Wirtschaftskrise zwangsläufig ergibt.

Aber nur im Kampf gegen das Unternehmertum, gegen die kapitalistische Regierung wird diese Festigung der Stellung der Betriebsräte und die Erweiterung ihrer Rechte erobert werden. Dieser Kampf setzt voraus, daß die Arbeiterschaft nicht selbst ihre Rechte leichtfertig preisgibt.

Die Betriebsräte müssen zu proletarischen Machtpositionen werden. Darum müssen in allen Betrieben, trotz aller Schwierigkeiten, Betriebsräte gewählt werden. Das gesetzliche Recht auf Wahl eines Betriebsrats oder eines Betriebsobmannes wirklich durchzusetzen, das ist schon ein erster Vorstoß im Kampf gegen die Unternehmeroffensive. Gerade die Tatsache, daß in dieser Wirtschaftskrise Tausende stillgelegte Betriebe keine Betriebsratswahl haben werden, zwingt die übrigen, energischer denn je wahrzumachen die Losung: „Kein Betrieb ohne Betriebsrat".

Von den Gewerkschaften muß eine planmäßige Kontrolle über die Wahl von Betriebsräten in allen Betrieben durchgeführt werden. Betriebszellen und Zellengruppen müssen diese Kontrolle von sich aus organisieren, um nötigenfalls durch die Opposition in den Gewerkschaften vorzustoßen, damit die Wahl in den säumigen Betrieben mit allen gewerkschaftlichen Mitteln veranlaßt und durchgesetzt wird.

Die Erstarkung der Betriebsräte und der Kampf um die Erweiterung ihrer Rechte kann nur auf der Grundlage einheitlicher, kampfentschlossener Gewerkschaften erfolgreich durchgeführt werden. Jede Zersplitterung zerschlägt die Voraussetzung eines solchen Kampfes. Erst vom Boden der gewerkschaftlichen Einheit aus kann durch geschlossenes Auftreten den Betriebsräten Stärke und Kraft gegeben werden. Darum bekämpft jede Zersplitterung, jeden Versuch gesonderten Vorgehens, jede Abirrung von dem Gedanken der gewerkschaftlichen Kampfeseinheit! Um der Stärkung der Betriebsräte selbst willen muß darauf bestanden werden, daß ausschließlich die freigewerkschaftliche Liste unterstützt wird. Kein Kommunist und kein Sympathisierender, kein revolutionär oder oppositionell gesinnter Arbeiter darf sich zu irgendeiner Zersplitterungsarbeit bereitfinden. Wir alle müssen die vereinte Kraft einsetzen für freigewerkschaftliche Betriebsräteliste.

Setzen wir unsere Kandidaten auf dem Boden der freien Gewerkschaften durch, so haben wir doppeltes Recht und doppelte Kraft, in und mit den Gewerkschaften gegen die Unternehmeroffensive anzukämpfen. Wir sind uns darüber klar, daß die ADGB.-Bureaukratie diesen Kampf zu hemmen und zu sabotieren bestrebt ist. Wenn jetzt der ADGB. in seinem Wirtschaftsprogramm wieder davon spricht, daß zur Ueberwindung der gegenwärtigen Krise „die gemeinsame Arbeit aller Kreise erstrebenswert ist", so were